

PRESSEMITTEILUNG

Solidarität mit Schutzbedürftigen kennt keine nationalen Grenzen: Jetzt traumatisierte und besonders schutzbedürftige Menschen in Deutschland aufnehmen!

Köln, 2. April 2020. Die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (DGSP) ist hochgradig alarmiert und besorgt über die aktuelle Situation der besonders schutzbedürftigen Kinder, der behinderten und psychisch erkrankten Menschen in den griechischen Flüchtlingslagern. Angesichts der Corona-Pandemie fordert der Fachverband die sofortige Evakuierung der griechischen Lager, um eine Katastrophe zu verhindern.

„Aktuell werden 42.000 geflüchtete Menschen auf den griechischen Inseln in völlig überfüllten EU-Lagern festgehalten, darunter viele Kinder und besonders schutzbedürftige Menschen. Ein Großteil der Menschen ist traumatisiert und geschwächt durch Erfahrungen schlimmster Gewalt“, sagt Michaela Hoffmann, Koordinatorin des Fachausschusses Migration der DGSP. Sie fordert: „Die jetzt überall beschworene Solidarität muss auch diesen Menschen gelten!“

In der Corona-Krise geht es um konkrete Solidarität. Wissenschaft und Politik appellieren zu Recht an die Verantwortung aller für besonders vulnerable Menschen. Die wichtigen Hygiene- und Abstandsregeln sind inzwischen gut bekannt und werden von den meisten Menschen in Deutschland eingehalten. Einschränkungen, die der Solidarität dienen, werden akzeptiert, für gestrandete Urlauber richtet die Bundesregierung eine Luftbrücke ein.

An europäischen Grenzen wurden derweil Menschen beschossen und rechtswidrig inhaftiert, das Recht auf die Beantragung von Asyl war in Griechenland vorübergehend ausgesetzt. Jetzt droht, nach ersten Corona-Fällen auf den griechischen Inseln, auch noch die Katastrophe einer Corona-Epidemie in den Lagern. Hygiene- und Abstandsregeln können hier nicht eingehalten werden. Höchst vulnerable Menschen leben in erbärmlicher Enge, es gibt viel zu wenig Wasser und Seife, viel zu wenig medizinische und psychotherapeutische Betreuung. Hier besteht laut Ärzten ohne Grenzen akute Lebensgefahr für Tausende.

Die DGSP will den drastischen Widerspruch zwischen Solidarität im Inland und Gefährdung von Menschenleben in den Geflüchteten-Lagern nicht hinnehmen. „Solidarität mit Schutzbedürftigen kennt keine nationalen Grenzen“, sagt Michaela Hoffmann.

Die DGSP fordert die Bundesregierung, die Länder und Kommunen auf:

- 1) Alle Geflüchteten müssen jetzt in Sicherheit gebracht werden durch Evakuierung der griechischen Lager. Mehrere Tausend Traumatisierte und Erkrankte, Kinder, Jugendliche und besonders Schutzbedürftige müssen jetzt in Deutschland aufgenommen werden.**

Wir weisen Argumente zurück, dafür sei erst eine europäische Lösung nötig. Die aktuelle „Einigung der Willigen“, 1.600 Kinder auf ganz Europa zu verteilen, ist angesichts der Gefahr völlig ungenügend und wurde bisher nicht umgesetzt.

- 2) Für die sofortige Aufnahme Geflüchteter in Städten und Gemeinden, die solidarisch Platz angeboten haben, muss jetzt endlich die rechtliche Voraussetzung geschaffen werden.**

Die bestehende große Bereitschaft zur Nothilfe darf nicht weiter ausgebremst werden, sie ermöglicht die Umsetzung des Asylrechts. Hier stellt sich eine hilfsbereite Gesellschaft jeder rechten Hetze entgegen.

- 3) Wegen der Corona-Gefährdung ist medizinische und wirtschaftliche Soforthilfe für Griechenland nötig, damit alle Geflüchteten sicher und menschenwürdig außerhalb von Lagern leben können.**

Wenn Politik wegen der Pandemie an Solidarität im Inland appelliert, gleichzeitig absehbar zehntausende Schutzbedürftige in den EU-Lagern in Lebensgefahr gebracht werden, ist das nicht hinnehmbar.

Hintergrundinformation

Die Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V. (DGSP) setzt sich als bundesweiter Fachverband seit 50 Jahren für die Interessen und den Schutz psychisch erkrankter, behinderter und von psychischer Erkrankung und Behinderung bedrohter Menschen ein. Ihr Engagement bezieht auch Menschen mit ein, die aufgrund von Krieg, Verfolgung, Armut, Folter und anderen Katastrophen ihr Heimatland verlassen mussten und nach ihrer Flucht Asyl benötigen.

www.dgsp-ev.de

Kontakt zur DGSP

Marie Schmetz

Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e.V.

Pressesprecherin

E-Mail: marie.schmetz@dgsp-ev.de

www.dgsp-ev.de